



Pressemitteilung

Ansbach, 03.12.2013

Offene Linke nominiert einstimmig 40-köpfige Liste für die Ansbacher Stadtratswahl 2014

Motto: „Mehr Mut. Für Ansbach“ - Stadt der sozialen Gerechtigkeit als Ziel

Konkrete Absätze für mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung – Chancengleichheit herstellen

Einstimmig haben 32 anwesende Mitglieder und Sympathisanten der Offenen Linken die 40-köpfige Liste für die Ansbacher Stadtratswahl am 16. März 2014 nominiert. 16 Frauen und 24 Männer im Alter von 23 bis 67 Jahren aus dem Handwerk und der Arbeiterschaft, aus der Pflege und der Verwaltung, aus dem Bildungsbereich und dem Unternehmertum wollen mit ihren vielfältigen Erfahrungen und Kompetenzen Ansbach bewegen und voranbringen.

Stadtrat Boris-André Meyer gab einen Überblick über die Erfolge der Offenen Linken wie etwa Tempo 30 vor allen Schulen in Kindergärten, Mindestlöhne bei öffentlichen Auftragsvergaben, dem Sozialticket im ÖPNV, der Förderung der Ansbacher Kunst- und Kulturvereine, der Erstwohnsitzkampagne für Studierende oder der Abwendung des Monster-Knotens auf dem Urlaub.

Er kritisierte die Preiserhöhungspolitik von CSU, SPD und Grünen im Busverkehr und Aquella. Die offene Linke wolle nicht nur bezahlbare Preise bei Energieversorgung, Mobilität und im Freizeitbad wiederherstellen, sondern auch die „Gheimrats-Strukturen“ der Ansbacher Bäder- und Verkehrsgesellschaft (ABuV) durchbrechen: „Die Menschen haben das Recht zu erfahren, welcher Stadtrat für oder gegen Preiserhöhungen stimmt.“

Dafür sollen die Privatisierungen rückgängig gemacht werden und künftig Busse, Bäder und die Stadtwerke als Eigenbetriebe der Stadt unter demokratische und öffentliche Kontrolle stellen. Anstatt von Entscheidungen in Hinterzimmer seien „Stadtwerke in Bürgerhand“ das Ziel. „Wir sorgen so für Transparenz und Bürgerbeteiligung“, strich Meyer heraus.

Mit 2.000 Menschen in der Leiharbeit, 20% der Vollbeschäftigten, die von ihrem Lohn nicht leben können und 700 Kindern, die unter der Armutsgrenze aufwachsen müssen, sei Ansbach in der Pflicht, aktive Sozialpolitik zu betreiben. Anträge der Offenen Linken auf gebührenfreie Bildung und Sozialtarife etwa für die Musikschule wurden bislang von der SPD verhindert. „Wir wollen gleiche Bildungschancen in Ansbach erreichen. In unserer Stadt sollen alle Kinder die Möglichkeit haben, ein Musikinstrument zu erlernen. Die SPD will das nicht. Gut, dass sozialdemokratische Wähler in uns eine soziale Alternative haben.“

Die Offene Linke ist zudem ein verlässlicher und konsequenter Partner für die Menschen, die unter Fluglärm und Abgasen zu leiden haben. Das Vorhaben der CSU, in Katterbach 30 Meter hohe Mauern zu bauen, sei „lächerlich“ und ein „Treppenwitz der Geschichte“. Ziel der Offenen Linken ist die Abzugsperspektive der US-Kampfhubschrauber bis 2020. „Wir brauchen einen Stadtrat und OB, der Ja sagt zu einer zivilen Zukunft für Ansbach“, betonte Meyer.

Simone Madl stellte angesichts der immer weiter steigenden Mieten das Konzept der Offenen Linken für kommunalen Wohnungsbau vor. Kerstin Kernstock-Jeremias hob das Engagement für die Flüchtlinge in Ansbach hervor: „Rassismus und Fremdenhass dürfen in Ansbach keinen Platz haben. Hermann Enders strich die Verankerung der Kandidatinnen und Kandidaten in ehrenamtlichen Initiativen, sozialen Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Engagements heraus. Bezirksrat Uwe Schildbach verwies auf die fundierte und hartnäckige Arbeit der Offenen Linken in vielen Themenfeldern: „Wir sind sehr gut aufgestellt.“

Elf der 40 Kandidaten kommen aus den Ortsteilen, davon sechs aus Obereichenbach. Die Offene Linke ist damit stark in der Fläche vertreten. Auf den ersten drei Plätzen stehen zwei Frauen. Vier Betriebs- und Personalräte vom Ansbacher Klinikum und Bosch Brodswinden kandidieren.

Die Liste im Einzelnen: Spitzenkandidat ist Stadtrat Boris-André Meyer (32 Jahre, Tourismusbetriebswirt) vor Simone Madl (27, Studentin der Biotechnologie) und Kerstin Kernstock-Jeremias (45, med. Fachassistentin, Integrationsbeirätin Stadt Ansbach). Es folgen Hermann Enders (57, Kraftfahrer) und Bezirksrat Uwe Schildbach (47, Heilerziehungspfleger).

Auf Platz 6 folgt Nicole Frank (42, Dipl.-Sozialwirtin) vor Dieter Hiemer (47, Krankenpfleger, Personalrat) und Sybilla Maurer (61, Rentnerin). Dahinter reiht sich Jürgen Wangler (44, Angestellter) vor Zora Schildbach (44, Krankenschwester) ein. Platz 11 belegt Heinz Dollhopf (64, Verwaltungsrat i.R.) vor Astrid Stadelmann (37, Dipl.-Betriebswirtin) und Manuel Weybrecht (23, Angestellter). Dahinter folgen Sarah Hartig (28, Heilerziehungspflegerin) und Joachim Thiele (37, Waschsalonbetreiber). Auf Platz 16 steht Diana Schädel (40, Krankenschwester, Personalrätin) vor Ali Rezai (47, Selbstständiger) und Kathrin Heindl (35, Industriemechanikerin) sowie Alois Stempfle (65, Fachkraft).

Platz 20 belegt Anja Fiebach (43, Krankenschwester) vor Markus Schuh (37, Schreiner) und Maria Mottl (37, Frisörin). Es folgen Kevin Buckles (23, Angestellter) und Falko Pause (29, Metzger). Auf Platz 25 steht Sybille Trenkner (46, Schreinerin) vor Hans-Joachim Hofmann (56, Heilerziehungspfleger) und Friedrich Wenk (63, Rentner). Dahinter folgen Kerstin Meindl (46, Floristin), André Riedl (40, Zeitarbeiter) und Manfred Barth (50, Montageleiter).

Auf Platz 31 kandidiert Renate Kujath (63, Krankenschwester) vor Michael Felke (54, Maler) und Anton Heist (67, Rentner). Es folgen Thilo Würkner (28, Krankenpfleger), Jochen Pfeiffer (53, Radio- u. Fernsehtechniker) und Ingrid Stadelmann (59, Angestellte). Auf Platz 37 steht Steven Kneisel (Arbeiter, Betriebsrat), Jürgen Lutz (49, Anlagenführer, Betriebsrat) und Milena Günther (56, Krankenschwester). Die Liste schließt mit Thomas Frank (53, Angestellter) ab.

Ersatzkandidaten sind Hans-Georg Hufnagel (60, Anlagenbauer), Andreas Leidig (44, Industriemechaniker), Rüdiger Mattausch (50, Angestellter) und Larissa Lupke (35, Umschülerin).

Einig waren sich die Anwesenden darin, dass man „mit breiter Brust“ in den Wahlkampf gehen werde. Die Menschen hätten genug von einer „Mauerbau-CSU“, einer „Rechtsabbieger-SPD“, Busfahrpreise erhöhenden Grünen und einer „Regierungs-BAP“, die gerne Fähnlein im Wind drehen lässt. Die Offene Linke hingegen sei „inhaltsstark und konsequent“. Man wolle die Menschen beteiligen anstatt bevormunden. „Wir sind die Alternative für Ansbach“, erklärte die Offene Linke abschließend.